

## Kompromiss statt Volksabstimmung

Landesregierung und Gegner der Massentierhaltung wollen Mittelweg gehen

**Potsdam** In Brandenburg wird es keine Volksabstimmung zur Massentierhaltung geben. Gestern stellten die Initiatoren des Volksbegehrens zur Massentierhaltung und Vertreter der Regierungsfractionen von SPD und Linken in Potsdam einen Kompromiss vor, den der Landtag mit den Stimmen von Koalition, CDU und AfD in der Sondersitzung am nächsten Dienstag annehmen will. Er enthält den Verzicht auf das umstrittene, von der Initiative geforderte Klagerecht für Tierschutzverbände. Dagegen soll es einen hauptamtlichen Tierschutzbeauftragten geben.

Schweinemastanlagen mit mehr als 10 000 Plätzen sollen binnen sieben Jahren mit Filteranlagen ausgerüstet werden, um zu verhindern, dass übermäßig Schadstoffe in die Umwelt gelangen. Die Förderung neuer Anlagen für

Schweinemast und Geflügelhaltung soll auf 600 000 Euro begrenzt werden. Ein Landestierschutzplan wird den Antibiotikaeinsatz senken und beim Aufbau von Demonstrationsbetrieben helfen. Spätestens 2019 werden keine Hühnerschnäbel beschnitten und Schweineschwänze nicht gekürzt.

"Ich freue mich, dass diese Kuh nun vom Eis ist", sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Mike Bischoff. "Wir haben uns verständigt, dass keine Investitionen in die Tierhaltung in Brandenburg verhindert werden." Linken-Fraktionsvorsitzender Ralf Christoffers sprach von einem "substantiellen Kompromiss". Der Verzicht auf das Verbandsklagerecht sei eine bittere Pille, sagte Michael Wimmer von der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg. "Wir wollten uns aber nicht ver-

kämpfen, bleiben am Thema dran - und beim Tierschutzplan geht es jetzt in die inhaltliche, fachliche Auseinandersetzung." Inka Thuncke von der Prignitzer Bürgerinitiative "Gumtow gegen Tierfabrik" sagte, man habe das Ergebnis akzeptiert, weil man die Chance sah, die Diskussion fortzusetzen.

CDU-Landtagsabgeordneter Henryk Wichmann nannte es "klug von den Initiatoren, dass sie sich auf den Kompromiss eingelassen haben." Die Kernforderungen des Volksbegehrens seien enthalten. Grünen-Landesvorsitzender Clemens Rostock will auf die Umsetzung des Gesamtpakets achten. Bauernvertreter kritisierten den Kompromiss scharf.

*Von Benjamin Lassive*

## Ein Kompromiss, bei dem alle gewinnen können

Die Kuh ist vom Eis - den Brandenburgern bleibt ein millionenschwerer Volksentscheid zur Massentierhaltung erspart. Die Regierungsfractionen haben sich mit den Initiatoren des erfolgreichen Volksbegehrens auf einen Kompromiss geeinigt. Für beide Seiten war das Risiko eines schwer kalkulierbaren Wahlkampfes in den kommenden drei Monaten einfach zu groß.

Zumal die Feinheiten - etwa wie Ställe durch Filteranlagen oder Förderrichtlinien klein gehalten werden könnten - auf Wahlplakaten nur schwer vermittelbar sind. Es geht eben nicht einfach um gesunde rosa Ferkelchen auf grünen Wiesen, sondern um viele Fragen der Zukunft der Landwirtschaft, einschließlich der Ängste gebeutelter Landwirte, und um Verbraucherschutzthemen wie den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung.

Der Landesbauernverband hatte bereits angekündigt, einen schwarz-weiß gefärbten Wahlkampf auf die Beine zu stellen, falls das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände eingeführt werden sollte. Dieses ist vom Tisch. Die Initiatoren des Aktionsbündnisses haben sich von dieser ihrer Kernforderung verabschiedet. Anderenfalls hätten sie im Falle einer Niederlage im Volksentscheid befürchten müssen, dass das Thema Tierwohl für mehrere Jahre nicht mehr von der Politik angefasst werden würde. Auch die Koalitionsfractionen waren quasi zu einem Kompromiss gezwungen. Ein Volksentscheid hätte einen Keil zwischen die Regierungspartner getrieben, zumal die Linke bereits gedroht hatte, das Anliegen in der nächsten Stufe der direkten Demokratie auch gegen die SPD unterstützen zu wollen.

Der Kompromiss bedeutet nun erst einmal eine Vielzahl von Gesprächen. Ein direktes Verbot weiterer Großställe, wie die Aktivisten des Volksentscheides es suggeriert hatten, wird es nicht geben. Das ist auf Landesebene auch nicht machbar. Stattdessen wird die Förderung umgestellt und mit dem Kupierverbot von Schweineschwänzen und dem mittelfristig geforderten Einbau von Filteranlagen der Betrieb riesiger Stallanlagen unattraktiver gemacht. Vor allem aber bleibt das Thema Tierwohl permanent auf der Tagesordnung und darüber auch die Frage nach der Qualität unserer Ernährung. An dieser Diskussion sollten Landwirte und Verbraucher ein gemeinsames Interesse haben. Bleibt zu hoffen, dass die Bauern aus der Schmollecke kommen und sich einbringen.

**Urheberinformation:** (c) MMH Märkisches Medienhaus GmbH & Co KG

© PMG Presse-Monitor GmbH

## Weniger Förderung für große Mastanlagen in Brandenburg

Initiatoren des Volksbegehrens einigen sich mit Rot-Rot auf Kompromiss - Volksentscheid fällt aus

In Brandenburg werden große Tiermastanlagen künftig eine geringere Förderung erhalten. Außerdem soll ein hauptamtlicher Tierschutzbeauftragter installiert werden und über das Tierwohl im Land wachen. Darauf haben sich die Initiatoren des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung und die Fraktionspitzen der Koalition aus SPD und Linke geeinigt. Sie präsentierten am Dienstag ein Kompromisspapier, das in fünf geheim tagenden Runden erarbei-

tet wurde. Bis Ende 2017 soll gemeinsam ein Tierschutzplan erarbeitet werden. Damit ist zugleich ein Volksentscheid vom Tisch. Den hätte es im Juli gegeben, wenn das mit mehr als 100 000 Unterschriften erfolgreiche Volksbegehren im Landtag abgelehnt worden wäre. Nicht durchsetzen konnten sich die Initiatoren mit ihrer Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände. Das hatte die SPD rigoros abgelehnt. Michael Wimmer von

den Initiatoren des Volksbegehrens, zu dem rund 50 Organisationen gehören, sagte, der Verzicht auf das Klagerecht sei eine "schwere Pille". "Wir wollten uns an dieser Stelle nicht verkämpfen." Wimmer äußerte sich insgesamt zufrieden mit dem Kompromiss, der bei den Initiatoren "praktisch einstimmig" gebilligt worden sei.

SPD-Fraktionschef Mike Bischoff sagte, der erzielte Kompromiss stelle einen "Brückenschlag" zwischen Bauern und

